30. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6626. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6635. Sitzung am 24. Oktober 2011 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Dänemarks, Griechenlands, Italiens, Norwegens, Spaniens und der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

Resolution 2015 (2011) vom 24. Oktober 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 1918 (2010) vom 27. April 2010 und 1976 (2011) vom 11. April 2011,

nach wie vor ernsthaft besorgt über die wachsende Bedrohung, die die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See gegen Schiffe vor der Küste Somalias für die Situation in Somalia, die Staaten in der Region und andere Staaten sowie für die internationale Schifffahrt, die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege und die Sicherheit von Seeleuten und anderen Personen darstellen, sowie ernsthaft besorgt darüber, dass Seeräuber und an bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias beteiligte Personen in erhöhtem Maß Gewalt anwenden,

betonend, wie wichtig es ist, eine umfassende Lösung für das Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu finden,

unter Betonung der Notwendigkeit, das Potenzial Somalias für nachhaltiges Wirtschaftswachstum als Mittel zur Bekämpfung der tieferen Ursachen der Seeräuberei, einschließlich Armut, aufzubauen und so zu einer dauerhaften Beseitigung der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias und der damit verbundenen illegalen Aktivitäten beizutragen,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias,

bekräftigend, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982¹⁰³, insbesondere seinen Artikeln 100, 101 und 105, niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie für sonstige Meerestätigkeiten vorgibt,

sowie bekräftigend, dass die Bestimmungen dieser Resolution nur auf die Situation in Somalia Anwendung finden und die Rechte und Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht unberührt lassen,

eingedenk des Verhaltenskodexes betreffend die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf Schiffe im westlichen Indischen Ozean und im Golf von Aden (Verhaltenskodex von Dschibuti)¹⁰⁴ und in Anbetracht der Zusage der Unterzeichnerstaaten, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu überprüfen, um sicherzustellen, dass die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf Schiffe unter Strafe gestellt sind und

¹⁰³ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1994 II S. 1798; öBGBI. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.

¹⁰⁴ Siehe International Maritime Organization, Dokument C 102/14, Anhang, Anlage 1.

angemessene Leitlinien für die Ausübung der Gerichtsbarkeit, die Durchführung von Ermittlungen und die Strafverfolgung Verdächtiger vorhanden sind,

in Würdigung derjenigen Staaten, die ihr innerstaatliches Recht geändert haben, um Seeräuberei unter Strafe zu stellen und es leichter zu machen, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, namentlich den Menschenrechtsnormen, und betonend, dass die Staaten diesbezüglich weitere Anstrengungen unternehmen müssen,

gleichzeitig *besorgt feststellend*, dass das innerstaatliche Recht einer Reihe von Staaten weder die Seeräuberei unter Strafe stellt noch Verfahrensbestimmungen für eine wirksame Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber enthält,

bekräftigend, wie wichtig die nationale Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber für die Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias ist,

unter nachdrücklicher Verurteilung der anhaltenden Praxis der Geiselnahme durch mutmaßliche Seeräuber, die vor der Küste Somalias operieren, mit dem Ausdruck seiner ernststen Besorgnis über die unmenschlichen Bedingungen, denen Geiseln in Gefangenschaft ausgesetzt sind, in Anbetracht der nachteiligen Auswirkungen auf ihre Familien die sofortige Freilassung aller Geiseln fordernd und feststellend, wie wichtig eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Frage der Geiselnahme ist und dass mutmaßliche Seeräuber wegen Geiselnahme strafrechtlich verfolgt werden müssen,

in der Erkenntnis, dass die laufenden Bemühungen, mutmaßliche Seeräuber auf nationaler Ebene strafrechtlich zu verfolgen, trotz der bisherigen Anstrengungen der Staaten noch unzureichend sind und dass mehr getan werden muss, um sicherzustellen, dass mutmaßliche Seeräuber tatsächlich vor Gericht gestellt werden,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass zahlreiche der Seeräuberei verdächtige Personen freigelassen werden müssen, ohne vor Gericht gestellt zu werden, erneut erklärend, dass die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Seeräuberei unterlaufen werden, wenn die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen nicht strafrechtlich verfolgt werden, und entschlossen, Bedingungen zu schaffen, die gewährleisten, dass Seeräuber zur Rechenschaft gezogen werden,

mit Interesse Kenntnis nehmend von der Schlussfolgerung im Bericht des Generalsekretärs über die Modalitäten für die Schaffung spezialisierter somalischer Gerichte für Verfahren gegen Seeräuber¹⁰⁵, wonach Gerichtsverfahren in Somaliland und Puntland gegen Seeräuber mit ausreichender internationaler Hilfe voraussichtlich in drei Jahren internationalen Standards genügen werden, und im Einklang mit dem genannten Bericht des Generalsekretärs seiner Hoffnung Ausdruck verleihend, dass dieser Zeitpunkt früher eintreten wird, falls geeignete Sachverständige, auch aus dem Kreis der im Ausland lebenden Somalier, ausfindig gemacht und herangezogen werden können,

unter Begrüßung der Konsultationen zwischen den Vereinten Nationen und den Staaten der Region, namentlich den Seychellen, Mauritius und der Vereinigten Republik Tansania, und der von der Vereinigten Republik Tansania bekundeten Bereitschaft, der internationalen Gemeinschaft unter den entsprechenden Bedingungen bei der Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber in ihrem Hoheitsgebiet behilflich zu sein,

feststellend, dass die Vorfälle von Seeräuberei und die bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias die Situation in Somalia verschärfen, die nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

¹⁰⁵ S/2011/360.

1. *bekräftigt*, dass das letztlich verfolgte Ziel, die Verantwortung Somalias und seine aktive Einbindung in die Maßnahmen zur Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber zu erhöhen, wie der Sonderberater des Generalsekretärs für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias in seinem dem Sicherheitsrat am 19. Januar 2011 übermittelten Bericht¹⁰⁶ betonte, im Gesamtkontext der Bekämpfung der Seeräuberei nach wie vor höchst relevant ist;

2. *erkennt an*, dass der Übergangs-Bundesregierung und den zuständigen Regionalbehörden Somalias die Hauptrolle bei der Beseitigung der Seeräuberei vor der Küste Somalias zukommt;

3. *begrüßt* in dieser Hinsicht, dass der Fahrplan für den Abschluss des Übergangs in Somalia vom 6. September 2011 als eine der zentralen Aufgaben der Übergangs-Bundesinstitutionen die Ausarbeitung einer Politik und von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Seeräuberei in Verbindung mit regionalen Stellen vorsieht, und verweist darauf, dass der Sicherheitsrat seine künftige Unterstützung für die Übergangs-Bundesinstitutionen von der Erfüllung der im Fahrplan enthaltenen Aufgaben abhängig gemacht hat;

4. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von dem gemäß Ziffer 26 der Resolution 1976 (2011) erstellten Bericht des Generalsekretärs über die Modalitäten für die Schaffung spezialisierter somalischer Gerichte für Verfahren gegen Seeräuber¹⁰⁵;

5. *fordert* alle Staaten und insbesondere die Flaggen-, Hafen- und Küstenstaaten, die Staaten der Staatsangehörigkeit der Opfer von Seeräuberei und bewaffneten Raubüberfällen und der Täter sowie die sonstigen Staaten, die nach dem Völkerrecht oder innerstaatlichem Recht Zuständigkeit besitzen, *erneut auf*, bei der Bestimmung der Zuständigkeit sowie bei den Ermittlungen gegen alle Personen, die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle vor der Küste Somalias verantwortlich sind, einschließlich derjenigen, die zu einer seeräuberischen Handlung aufstacheln oder sie erleichtern, und bei der strafrechtlichen Verfolgung dieser Personen im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechtsnormen, zusammenzuarbeiten;

6. *fordert* die Staaten auf, nach Bedarf auch bei der Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber wegen Geiselnahme zusammenzuarbeiten;

7. *ersucht* die Übergangs-Bundesregierung und die zuständigen somalischen Regionalbehörden *erneut*, mit Unterstützung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen dringend einen vollständigen Katalog von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Seeräuberei auszuarbeiten, der Gesetze zur Strafverfolgung derjenigen umfasst, die unerlaubt seeräuberische Angriffe finanzieren, planen, organisieren, erleichtern oder davon profitieren, und diesen Katalog zu erlassen, damit so rasch wie möglich mutmaßliche Seeräuber und mit seeräuberischen Angriffen in Verbindung gebrachte Personen in Somalia wirksam strafrechtlich verfolgt, anderenorts strafrechtlich verfolgte und verurteilte Seeräuber an Somalia überstellt und verurteilte Seeräuber in Somalia in Haft genommen werden können, fordert die Übergangs-Bundesregierung und die Regionalbehörden Somalias nachdrücklich auf, andere bestehende Hindernisse, die diesbezüglichen Fortschritten im Wege stehen, zügig zu beseitigen, und ersucht die Übergangs-Bundesregierung und die zuständigen Regionalbehörden Somalias, dem Rat bis zum 31. Dezember 2011 einen Bericht über die in jedem der genannten Bereiche ergriffenen Maßnahmen vorzulegen;

8. *fordert* das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und die anderen internationalen Partner *auf*, weitere Anstrengungen zu unternehmen, die Ausarbeitung innerstaatlicher

¹⁰⁶ S/2011/30, Anlage.

Rechtsvorschriften, Vereinbarungen und Mechanismen zu unterstützen, die die wirksame Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und die Überstellung und Inhaftnahme verurteilter Seeräuber gestatten;

9. *fordert* die Staaten, die die Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht noch nicht unter Strafe gestellt haben, *nachdrücklich auf*, dies zu tun, und fordert die Staaten erneut auf, die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber, die vor der Küste Somalias aufgegriffen werden, und die Inhaftnahme verurteilter Seeräuber im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, wohlwollend zu prüfen;

10. *fordert* die Staaten und die internationalen Organisationen *nachdrücklich auf*, Beweismittel und Informationen für die Zwecke der Bekämpfung der Seeräuberei auszutauschen, mit dem Ziel, die wirksame Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und die Inhaftnahme verurteilter Seeräuber zu gewährleisten;

11. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, dem Generalsekretär spätestens am 31. Dezember 2011 über die Maßnahmen Bericht zu erstatten, die sie ergriffen haben, um die Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe zu stellen, der Seeräuberei vor der Küste Somalias verdächtige Personen strafrechtlich zu verfolgen und ihre Strafverfolgung und die Inhaftnahme verurteilter Seeräuber zu unterstützen, und ersucht den Generalsekretär, diese Informationen zusammenzustellen und in einem Dokument des Rates zu verteilen;

12. *würdigt* die im Bericht des Generalsekretärs beschriebenen laufenden Arbeiten des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zur Unterstützung von Verfahren gegen Seeräuber und des Ausbaus der Strafvollzugskapazitäten in Somalia im Einklang mit der Empfehlung des Sonderberaters des Generalsekretärs für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias;

13. *bekräftigt*, dass die der Förderung wirksamer Justizmechanismen zur Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber dienenden Anstrengungen fortgesetzt und verstärkt werden sollen;

14. *begrüßt* die Verpflichtung des Generalsekretärs, im Zusammenhang mit seinem Bericht die geeigneten nächsten Schritte zur weiteren Verstärkung der Bemühungen um die Strafverfolgung seeräuberischer Handlungen auf Ersuchen des Rates weiter proaktiv zu unterstützen;

15. *ersucht* die Staaten und die Regionalorganisationen, zu prüfen, wie ein wirksamer Beitrag der im Ausland lebenden Somalier zu den Anstrengungen zur Bekämpfung der Seeräuberei, insbesondere auf dem Gebiet der Strafverfolgung, erbeten und ermöglicht werden kann, entsprechend der Empfehlung im Bericht des Generalsekretärs;

16. *beschließt*, unbeschadet weiterer Schritte, die sicherstellen sollen, dass Seeräuber zur Rechenschaft gezogen werden, die Frage der Schaffung spezialisierter Gerichte für Verfahren gegen Seeräuber in Somalia und anderen Staaten in der Region mit erheblicher internationaler Beteiligung und/oder Unterstützung dringend weiter zu prüfen, und ersucht den Generalsekretär, in Verbindung mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen weitere Konsultationen mit Somalia und den Staaten in der Region, die zur Schaffung dieser Gerichte bereit sind, über die Art der für die Aufnahme der Tätigkeit der Gerichte benötigten internationalen Hilfe, einschließlich der Bereitstellung internationalen Personals, über die für die Überstellung aufgegriffener Seeräuber und die Weitergabe damit zusammenhängender Beweismittel erforderlichen Verfahrensregelungen, über die voraussichtlichen Kapazitäten dieser Gerichte für die Bearbeitung der Fälle und über den voraussichtlichen Zeitbedarf dieser Gerichte und ihre Kosten zu führen und dem Rat auf der Grundlage dieser Konsultationen innerhalb von neunzig Tagen entsprechend detaillierte Vorschläge für die Schaffung dieser Gerichte vorzulegen;

17. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass sich die Gerichtsbarkeit dieser Gerichte nicht nur auf die auf See ergriffenen Verdächtigen erstreckt, sondern auch auf diejenigen, die zu seeräuberischen Handlungen aufstacheln oder diese vorsätzlich erleichtern, darunter auch die Schlüsselfiguren der an der Seeräubererei beteiligten kriminellen Netzwerke, die unerlaubt solche Angriffe planen, organisieren, erleichtern oder finanzieren und davon profitieren;

18. *ist sich dessen bewusst*, dass eine Erhöhung der Strafverfolgungskapazitäten unbedingt mit einer entsprechenden Erhöhung der Strafvollzugskapazitäten einhergehen muss, und fordert die somalischen Behörden ebenso wie das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und die anderen internationalen Partner auf, den Bau und den verantwortungsvollen Betrieb von Vollzugsanstalten in Somalia im Einklang mit dem Völkerrecht zu unterstützen;

19. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Regionalorganisationen und andere geeignete Partner *auf*, die Anstrengungen zur Schaffung spezialisierter Gerichte für Verfahren gegen Seeräuber in der Region zu unterstützen, indem sie Vorkehrungen für die Bereitstellung internationaler Sachverständiger, einschließlich aus dem Kreis der im Ausland lebenden Somalier, treffen oder erleichtern, sei es mittels Abordnung oder auf eine andere Weise, und die diesbezügliche Arbeit des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen oder anderer Stellen darüber hinaus durch Beiträge zum Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Staaten gegen die Seeräubererei vor der Küste Somalias zu unterstützen;

20. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6635. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6646. Sitzung am 31. Oktober 2011 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über den Schutz der natürlichen Ressourcen und der Gewässer Somalias (S/2011/661)

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1950 (2010) des Sicherheitsrats (S/2011/662)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Tayé-Brook Zerihoun, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6663. Sitzung am 22. November 2011 beschloss der Rat, den Vertreter Norwegens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

Resolution 2020 (2011) vom 22. November 2011

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1844 (2008) vom 20. November 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1851 (2008) vom 16. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009, 1918 (2010) vom 27. April 2010, 1950 (2010) vom 23. November